Meinungen

Europas Zukunft liegt nicht in Kanada

SUBSIDIARITÄT Eine engere Anbindung löst die inneren Probleme der EU nicht. Stärke entstünde durch mehr Dezentralisierung und einer stärkeren Konsensbereitschaft. **PRINZ MICHAEL VON UND ZU LIECHTENSTEIN**

Kanada als Teil der Europäischen Union? Dies schlug Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ende Oktober anlässlich einer pathetischen Rede am C.D. Howe Institute in Montréal als gangbaren Weg vor. Offenbar ohne sich zuvor intern abgesprochen zu haben.

In ihrer Rede bezog sie sich auf Jean Monnet, einen der Väter der europäischen Integration, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Kanada ging und begeistert war von der Offenheit der kanadischen Bevölkerungsgruppen und dem grundsätzlichen Willen zur Zusammenarbeit. Geprägt von beiden Weltkriegen, wurde Kanada für Monnet zum Vorbild für ein Europa, in dem Nationen über bestehende Grenzen hinweg in Frieden und Kooperation zusammenleben sollten. An diesen Gedanken knüpft von der Leyen mit ihrer Vorstellung von Europas Zukunft an.

Die Erweiterung der Union war stets ein treibender Gedanke Brüssels. Doch die Idee, Kanada in irgendeiner Form in die EU zu integrieren, kann als voreilig gesehen werden, zumal die Option einer assoziierten Mitgliedschaft rechtlich nicht existiert.

Offenbar geht vergessen, dass Europa ein Bündnis vieler Staaten mit unterschiedlichen Interessen und eigenständigen Aussenbeziehungen ist, währenddem Kanada ein einzelner Staat ist, der durch seine enge geografische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Verflechtung mit den USA auf eine gute Partnerschaft mit selbigen angewiesen ist. Europa kann hier keine wirkliche Alternative bieten.



«Integration um der Integration willen darf nicht sein.»

Was ist das Ziel?

Zielführender wäre, wenn Brüssel sich auf die Integration europäischer Staaten fokussieren und die internen Strukturen der EU kritisch hinterfragen würde. Was ist das Ziel des Integrationsstrebens? Was bedeutet ein zukunftsfähiges Europa? Welche Konsequenzen bringt es mit sich? Soll Europa weiterhin ein vereinheitlichtes Europa sein, mit allgemeingültigen Regeln und Standards von Brüssel gesteuert? Oder läuft es in Richtung einer Gemeinschaft von Staaten und Regionen, innerhalb derer Grenzen sich die Mitglieder autonom im Rahmen der vier Grundfreiheiten austauschen und ihre Mitgliedschaft unter Einbezug lokaler Besonderheiten flexibler handhaben können?

Europa liegt der Gedanke zugrunde, durch Integration europäischer Nationen ein friedliches Miteinander zu sichern, über eine engere Zusammenarbeit ohne Grenzen Wohlstand zu generieren und geschlossen für europäische Interessen einzustehen. Vielfach geht vergessen, dass Europas Stärke in der Vielfalt liegt.

Die EU ist ein Staatenbund, der das Subsidiaritätsprinzip hochhalten muss. Integration um der Integration willen darf nicht sein. In Anbetracht gegenwärtiger geopolitischer Entwicklungen ginge es nun darum, ein politisch und wirtschaftlich handlungsfähiges Europa der Stärke zu formen. Damit einher geht die Frage, welche Funktion Brüssel übernehmen soll. Der freie Binnenmarkt, aber auch ein Wettbewerb der Regionen gehören sicher dazu.

Englands Premier Andy Burnham signalisierte bereits Interesse, sich der Union wieder anzunähern. Die wesentlichen Treiber für den Brexit vor zehn Jahren waren, wieder mehr nationale Souveränität zu erlangen und den praxisfernen Vorschriften Brüssels sowie der europäischen Migrationspolitik zu entkommen. Zudem fehlinterpretierte Ex-Premier David Cameron die Situation. Der Brexit war eine Absage an Brüssels Ausrichtung, nicht aber an Europa selbst. Die jetzige Regierung bietet Hand und damit eine Chance.

Auch sollten jene Länder berücksichtigt werden, denen bereits ein Beitritt in Aussicht gestellt wurde. Dazu zählen Montenegro, Kosovo, Albanien und Nordmazedonien sowie die Ukraine. Dies unter anderem, um die Stabilität in Südosteuropa zu stärken und den Einfluss Russlands und Chinas zu schwächen. Sollte in der Ukraine ein Waffenstillstand oder Ähnliches erreicht werden, wird Brüssel nicht darum herumkommen, den Beitritt «fast track» zu vollziehen. Das wurde der Ukraine de facto im Jahr 2014 bei der Teilnahme an den Maidan-Demonstrationen zugesichert.

Gleichzeitig böte die Ukraine die Chance, die dringend angezeigte Deregulierung in die Wege zu leiten. Die ukrainische Wirtschaft kann Europas Regulierungsvorgaben gar nicht stemmen. Theoretisch müsste die Union mit dem Beitritt der Ukraine verstärkt auf Dezentralisierung und regulatorischen Wettbewerb setzen. Je weniger Regulierung und Gesetze, desto weniger anfällig sind Staaten für Korruption und Misswirtschaft. Zudem hat die Ukraine im Zuge des russischen Angriffskriegs eine Vorreiterrolle im Bereich von Technologie und Verteidigung übernommen. Die Ukraine könnte ein Anstoss für ein zukunftsfähigeres Europa sein.

Zentrale Rolle der Ukraine

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die grossen EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich und Italien sich uneinig sind in wesentlichen Fragestellungen, etwa zur nationalen Beschaffung in der Verteidigung oder zum Mercosur-Abkommen. Die grundlegende Aufgabe wäre, die langfristige Vorstellung von Europa zu konkretisieren und darauf hinzuarbeiten.

Mit der Integration des Westbalkans würde Europas Südosten stabilisiert. Mit der Ukraine könnte Europa seine technologische Innovationsfähigkeit und den Aufbau einer eigenständigen Verteidigungs- und Sicherheitsarchitektur fördern. Mit Grossbritannien könnte Europa seine geopolitische Bedeutung erhöhen. Mit Kanada als strategischem Partner, nicht als assoziiertes Mitglied, könnte die bestehende Zusammenarbeit im Rahmen des Freihandelsabkommens CETA ausgeweitet und die Entwicklung auf technologischem Gebiet vorangetrieben werden. Auch die Zusammenarbeit im Bereich von Rohstoffen und Lieferketten liesse sich intensivieren.

Die Konsensbereitschaft der führenden EU-Mitgliedstaaten sollte gestärkt werden. Dies würde durch weitgehende Dezentralisierung erleichtert. Auch die Frage der Verteidigung sollte an einen Club von Willigen delegiert werden, anstatt dass sich die EU als Ganzes damit befasst.

Die Frage, wie Europa mit Russland umgehen möchte, steht weiterhin ungelöst im Raum. Russland dauerhaft von der Weltwirtschaft auszuschliessen, ist unrealistisch. Dafür spielt es eine zu wichtige Rolle im Bereich von Energieversorgung, Rohstoffen und Lieferketten. Anstatt in die Ferne zu schweifen und neue institutionelle Fragestellungen heraufzubeschwören, wäre es deshalb geschickter, Europa zukunftsfähig auszurichten.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman der Treuhandgesellschaft Industrie- und Finanzkontor Etablissement.

Anthropic reicht nicht



JAN SCHWALBE
Chefredaktor zum Thema Anthropic

Es gibt einen neuen Giganten am Börsenhimmel. Anthropic hat den grössten Börsengang aller Zeiten hingelegt und ist der erste Superkonzern, der KI nicht bloss nutzt, sondern von A bis Z lebt und verkörpert (vgl. Seite 5).

Darauf hatte der Markt gewartet. Ein neuer Gradmesser für die Verfassung der KI-Branche, der noch besser funktioniert als Nvidia und zeigt, wie viel Potenzial in der KI-Revolution steckt. Anthropic soll so nicht nur KI- und Tech-Aktien, sondern dem breiten Markt Sicherheit geben. Auf den ersten Blick hat das auch nicht schlecht geklappt. Die Aktien schlossen den ersten Handelstag 17% über Ausgabepreis, und das, nachdem man die Titel oberhalb der Preisspanne ins Rennen geschickt hatte.

Doch ein zweiter Blick zeigt, dass das IPO nicht alle Probleme löst. Der Nasdaq schloss am Donnerstag deutlich schwächer, und die asiatischen Märkte folgten mit starken Verlusten. Was auffällt, ist, dass gute Nachrichten derzeit ziemlich schnell verpuffen. Weder Top-Zahlen von Nvidia noch ein solides IPO von Anthropic geben dem Markt Schwung.

Wir müssen uns auf schwankendere Kurse einstellen. Ob das doch noch für eine Jahresendrallye reicht und ob der KI-Trade bald wieder funktioniert, bleibt ungewiss. Was das nun heisst? Ich bin erst an Anthropic-Aktien interessiert, wenn ich sie unter dem Ausgabepreis von 83 $ haben kann. Aber auch dann ist das Investment für mich eine Risikoanlage. Der KI-Trade wird irgendwann wieder funktionieren. Doch ich bin derzeit zurückhaltend, was neue Engagements angeht.

Anthropic-IPO macht KI-Sicherheit zum Teil des Aktionärswerts

POTENZIELLE GEFAHREN Der KI-Entwickler investiert bereits viel in die Risikovorsorge und das Wertpapierrecht bietet nun einen zusätzlichen Hebel. **ANGELA HUYUE ZHANG**

Am am Donnerstag bewerkstelligte Anthropic, Hersteller von Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI), den grössten Börsengang der Geschichte (vgl. Seite 5). Claude, die Anthropic-Produktfamilie grosser Sprachmodelle, verfasst mittlerweile mehr als 90% der Beiträge zur Codebasis des Unternehmens und übernimmt zunehmend komplexe technische Aufgaben.

Angesichts der Bedeutung einer solchen Automatisierung für das Geschäft von Anthropic sollten die Ausrichtung der KI und die wirksame Überwachung eigentlich oberste Priorität für das Management sein. Doch im Börsen-Prospekt von Anthropic wird betont, wie schwierig die Überwachung und Kontrolle der Agenten ist. Wenn Claude erkennt oder vermutet, dass es evaluiert wird, verändert das Programm möglicherweise sein Verhalten und versucht, Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen.

Unabhängige Prüfungen

Freilich hat Anthropic erheblich in Sicherheit investiert. Als erstes Frontier-Lab hat es eine Richtlinie für verantwortungsvolle Skalierung eingeführt. Es hat sich zu umfassenden simulierten Angriffstests verpflichtet und externen Gutachtern frühzeitig Zugang gewährt, der dem interner Mitarbeiter entspricht. Das Unternehmen plant ausserdem, in den nächsten fünf Jahren im Rahmen einer Partnerschaft mit Accenture mindestens 1 Mrd. $ zu investieren, um die Kapazitäten für unabhängige KI-Prüfungen auszubauen.

«Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: KI-Sicherheit ist ebenso eine Frage der Organisation wie der Technologie.»

Dennoch hat Anthropic mehrere Vorfälle im Bereich KI-Sicherheit gemeldet. In vier voneinander unabhängigen Vorfällen während der Durchführung von Cybersicherheitsprüfungen durch einen externen Partner verschafften sich Claude-Modelle unbefugten Zugriff auf Computersysteme von Drittanbietern. Die anschliessenden Untersuchungen ergaben, dass diese Vorfälle auf Kommunikationsfehler zwischen Anthropic und seinem Prüfungspartner sowie auf eine fehlerhafte Konfiguration und unzureichende Absicherung der Testumgebungen zurückzuführen waren.

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: KI-Sicherheit ist ebenso eine Frage der Organisation wie der Technologie. In diesem Sinne könnten die Börsengänge der führenden KI-Labore eine gute Nachricht sein. Da die Vermeidung organisatorischer Fehlleistungen ein Schwerpunkt des Wertpapierrechts ist, wäre es möglich, dass diese Börsengänge die KI-Sicherheit grundlegend verändern.

Öffentlicher Druck

Obwohl die Forderungen nach einer KI-Regulierung seit der Veröffentlichung von ChatGPT im Jahr 2022 immer lauter werden, leisten private Interessengruppen erbitterten Widerstand und pochen darauf, dass die ungehinderte KI-Entwicklung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die nationale Sicherheit unverzichtbar sei. In den USA – der Heimat weltweit führender Forschungslabore – hat sich die Regierung unter Präsident Donald Trump auf die Seite dieser Interessengruppen gestellt und Vorschläge zur Einführung strenger, verbindlicher KI-Sicherheitstests abgelehnt.

«Wenn Anthropic und andere KI-Labore an die Börse gehen, werden ihre Investoren zur mächtigen Interessengruppe.»

Bislang war der öffentliche Druck hier zu schwach. Die Börsengänge der führenden KI-Labore könnte das ändern. Schliesslich wären künftig Ersparnisse und Altersvorsorgen ganz normaler Bürger an die Bewertungen und Aktienkurse dieser Unternehmen gekoppelt. Das Wertpapierrecht bietet ein sinnvolles Modell zur Stärkung der Aufsicht durch die Unternehmensleitungen. Der im Gefolge der Bilanzskandale bei Enron und WorldCom verabschiedete Sarbanes-Oxley Act von 2002 verpflichtet Chefetagen, die Wirksamkeit interner Kontrollsysteme für die Finanzberichterstattung zu bewerten. Im Falle zahlreicher kotierter Unternehmen schreibt er zudem eine Überprüfung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer vor.

Angesichts der zentralen Rolle, die KI bei der Produktentwicklung von KI-Laboren spielt, spricht vieles dafür, ähnliche Regeln für kritische KI-Sicherheitskontrollen innerhalb des Rahmens für Wertpapierprüfung und Finanzberichterstattung zu etablieren. Zu den Anforderungen könnten Überwachung, regelmässige Audits durch unabhängige externe Prüfer sowie die behördliche Überprüfung wesentlicher Schwachstellen in den Sicherheitskontrollen des Managements gehören.

Wenn Anthropic und andere KI-Labore an die Börse gehen, werden ihre Investoren zur mächtigen Interessengruppe, die robustere und transparentere KI-Sicherheitspraktiken fordert – die unerlässlich sind, um das Risiko einer vermeidbaren Katastrophe zu verringern. Doch kein Regulierungsrahmen ist absolut unfehlbar. Kommt es zu organisatorischen Fehlleistungen, können die Aktionäre des Unternehmens das Management zur Rechenschaft ziehen.

Angela Huyue Zhang ist Rechtsprofessorin an der University of Southern California.
Copyright: Project Syndicate.